

B 001 Bundesvorstand

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

**Leitantrag 1
Die Würde des Menschen ist unser Maßstab**

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Würde des Menschen ist Ziel und Zweck gewerkschaftlichen Handelns. In einer demokratischen Gesellschaft muss der einzelne Mensch als selbständiges Individuum behandelt werden und handeln können. Das Grundgesetz hat – wie auch die Grundrechtecharta der Europäischen Union – dieser Idee Rechnung getragen, indem es die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen als vorrangige Verpflichtung des Staates gesetzt hat. Das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip ergänzt diese Schutzverpflichtung um die Verpflichtung des Staates, die Rahmenbedingungen für jeden einzelnen Menschen so zu gestalten, dass er in Würde ein eigenverantwortliches Leben ohne existenzielle Not und wirtschaftliche Zwänge führen kann. Dazu gehören auch die Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Wirtschaft.

Die Würde des Menschen ist untrennbar verknüpft mit den Möglichkeiten des Einzelnen, als selbständiges Individuum am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teil zu haben. Ohne soziale Gerechtigkeit allerdings gibt es weder Freiheit noch Würde. Würde und Freiheit stellen jedoch in unserer Gesellschaft keine selbstverständlichen Güter mehr dar. Sie werden von einer zunehmenden wirtschaftlichen Deregulierung und Flexibilisierung bedroht.

Die Offenheit der Märkte und die Geschwindigkeit von Transaktionsprozessen erlaubt es internationalen Konzernen und Finanzinstituten frei von demokratischer Kontrolle Entscheidungen zu treffen, die für Volkswirtschaften, einzelne Unternehmen und Beschäftigte folgenschwer sind. Diese weltweite Entfesselung der Märkte übt auf die Sozialstaaten und damit auf deren Sozialstandards einen enormen Wettbewerbsdruck aus.

Nach Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes hat der Gebrauch des Eigentums dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen. Der einseitige Gebrauch des Eigentums zu Lasten sozialer Verpflichtungen und im Dienste des shareholder value verstößt nicht nur gegen diese Verpflichtung, sondern verletzt auch die Würde der Menschen, die Opfer von Arbeitsplatzverlagerungen wurden oder werden sollen.

Die Würde des Menschen ist für den DGB und seine Gewerkschaften untrennbar mit der Arbeit verknüpft. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen oder durch Bezahlungen unter dem Existenzminimum sind Angriffe auf die Würde des Menschen. Der arbeitende Mensch ist nicht auf einen Kostenfaktor zu reduzieren, sondern soll auch als Mensch Anerkennung finden. Dies beinhaltet nicht nur eine angemessene Bezahlung für seine Arbeit, sondern auch einen respektvollen Umgang in der Arbeit. Die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzuerkennen, über Abläufe der Arbeit und über relevante Unternehmensentscheidungen mitbestimmen zu können, heißt ihre Würde zu achten.

Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen in Deutschland sind durch ein wachsendes Maß an Unsicherheit geprägt. Die Würde des Menschen wird in unserer Gesellschaft nicht nur durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen oder durch Bezahlungen unter dem Existenzminimum beschädigt. Ungleiche Bildungschancen, Altersarmut und eklatante Einkommens- und Vermögensunterschiede grenzen in zunehmendem Maße Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus. Die Erwartung von Menschen, ihr Leben souverän führen zu können und Anerkennung und Respekt im Arbeitsleben zu erfahren, wird somit mehr und mehr enttäuscht.

Dafür sind aber nicht allein der internationale Wettbewerbsdruck und das hohe Tempo des Wandels von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsökonomie verantwortlich. Auch eine immer weniger zeitgemäße Finanz- und Leistungsarchitektur unseres sozialen Sicherungssystems, ein sozial ungerechtes Bildungssystem sowie der demographische Wandel führen dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in die Zukunft und die Möglichkeit zur politischen Gestaltung der Gesellschaft verlieren.

Wir setzen uns daher für einen Sozialstaat ein, der auch unter den Bedingungen eines forcierten globalen wirtschaftlichen Wettbewerbs, einer voranschreitenden Individualisierung und des demographischen Wandels sein Handeln am Leitbild der Menschenwürde ausrichtet und nicht weiter das Anwachsen sozialer Ungerechtigkeiten hinnimmt. Dazu muss er an den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen in unserer Gesellschaft anknüpfen.

Soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für ein Leben in Würde und als Leitidee einer sozialstaatlich verfassten Demokratie bedeutet daher gegenwärtig und zukünftig,

- die Anerkennung des Anspruchs von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf gerechte Teilhabe an der

Erarbeitung und der Verteilung des Wohlstands sowie ihrer Erwartungen an Selbst- und Mitbestimmung in Arbeitswelt und Gesellschaft;

- den sozialen Schutz im Alter, vor Krankheit und vor Arbeitslosigkeit, damit die Menschen bei diesen existenziellen Risiken weiterhin im gesellschaftlichen Leben integriert bleiben und nicht ins soziale Abseits rutschen;
- allen Menschen unabhängig von Status, Ausbildung und Einkommen der Eltern den Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen und lebensbegleitendes Lernen zu fördern. So können unabhängig von Status, Ausbildung und Einkommen der Eltern gesellschaftliche und soziale Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden;
- durch eine gute Bildung den Einzelnen zu befähigen, den Wandel von Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten;
- Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder kulturellem Hintergrund die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Integration zu geben und vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren;
- durch Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit den sozialen Frieden zu gewährleisten.

Die deutschen Gewerkschaften treten für diese umfassende Gerechtigkeitsidee ein.

Vorausschauende und soziale Politik

Für den DGB ist sowohl die Qualität sozialstaatlich garantierter Sicherheit bei Risikofällen des Lebens entscheidend als auch der Umfang der eingesetzten Finanzmittel. Die fortdauernden Versuche, die Finanzkrise des Sozialstaates durch Mittelkürzungen zu beheben, haben nicht zur Lösung der sozialen Probleme geführt, sondern haben sie nur verschoben oder sogar verschärft. Neben tragfähigen Konzepten zur finanziellen Stabilisierung des Sozialstaates ist eine Politik notwendig, die das Entstehen sozialer Notlagen und damit gesellschaftlicher Ausgrenzung verhindert.

Dazu gehört eine aktive Beschäftigungspolitik sowie eine Arbeitszeitpolitik, die dazu führt, die jeweils gesellschaftlich notwendige Arbeit auf alle zu verteilen, die auf eigene Arbeit angewiesen sind. Tarifpolitische Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung müssen ergänzt werden durch Reformen, die die Beschäftigungschancen von Frauen und Männern im regulären Arbeitsmarkt verbessern. Die aktive Beschäftigungspolitik muss durch Arbeitsmarktpolitik unterstützt werden. Diese muss darauf ausgerichtet sein, die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen zu erhöhen und unterwertiger Beschäftigung entgegenzuwirken. Die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit muss die Menschen vor Lohndumping und unzumutbaren Arbeitsbedingungen schützen und das Sozial- und Tarifsystem stabilisieren.

Einen weiteren Grundstein zur Prävention sozialer Notlagen stellt Bildung dar. Bildungspolitik ist vorsorgende Sozialpolitik und zugleich gestaltende Gesellschaftspolitik. Die Ausgrenzung von Kindern aus bildungsfernen, sozial schwachen, Arbeiter- und Migrantenfamilien durch das Bildungs- und Erziehungssystem erhöht ihr Risiko, aus der Erwerbswelt ausgeschlossen zu werden. Damit steigt auch das Risiko, überwiegend und dauerhaft von staatlichen Transferleistungen abhängig zu sein. Ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben ist so nicht möglich.

Gute, umfassende und lebensbegleitende Bildung befähigt die Menschen, unabhängig von Herkunft und sozialen Verhältnissen zu gesellschaftlicher Teilhabe. Sie ist notwendige Voraussetzung, damit der Einzelne sein Leben eigenständig führen sowie Staat und Umwelt mitgestalten kann.

Jeder zehnte Jugendliche verlässt die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss, davon ist jeder fünfte nicht-deutscher Herkunft. Mehr als 500.000 junge Menschen sind weder in Ausbildung noch haben sie einen Bildungsabschluss. Mangelnde Bildungskarrieren sind aber nicht nur Ursache für sich oftmals anschließende Erwerbslosigkeit, sondern auch Ausgangspunkt für nachhaltige gesellschaftliche Ausgrenzung.

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors kann auf diese Entwicklung keine Antwort sein. Eine temporäre Erleichterung des Arbeitsmarktes durch staatliche Förderung dieses Sektors hätte eine verfestigte Spaltung der Bildungs-, Erwerbs- und Arbeitswelt zur Folge.

Nicht nur die Einzelnen, sondern Wirtschaft und Gesellschaft leiden insgesamt unter den ungenügenden Bildungsbedingungen. Um den stetigen Wirtschaftswandel zu bewältigen, ist unsere Gesellschaft auf die Existenz einer hochinnovativen Wirtschaft angewiesen. Das erfordert einen hohen Anteil an gut ausgebildeten Fachkräften aus Berufsbildung und von den Hochschulen – hier hat Deutschland im Vergleich mit anderen OECD-Staaten große Defizite.

Das Aus- und Weiterbildungssystem ist unterentwickelt, nicht transparent und seine Qualität nicht ausreichend. Es entspricht bei weitem nicht den Anforderungen und Möglichkeiten der abhängig Beschäftigten.

In einem qualitativ hohen Maß an Bildung und einem breiten öffentlichen Bildungsangebot sehen wir einen wesentlichen Baustein einer zukünftigen, sozial gerechten Politik. Menschen müssen durch Bildung in die Lage versetzt werden, die Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft mitzugestalten. Das verringert auf Dauer die Belastungen, die auf die Systeme der sozialen Sicherung zukommen.

Der DGB fordert ein umfassendes, für jeden Menschen im Zugang freies und qualitativ hoch entwickeltes Bildungssystem, das von der ganztägigen Betreuung von Kleinkindern bis in die Phase des lebensbegleitenden Lernens reicht. Ein demokratisches, sozial gerechtes Bildungssystem zeichnet sich durch Durchlässigkeit aus. Mit längerem gemeinsamen Lernen fördert es die soziale Integration und die Gleichwertigkeit von hochschulischer und beruflicher Ausbildung. Es beendet auch die Ungleichwertigkeit von hochschulischer und beruflicher Ausbildung. Die Hochschulen müssen für Facharbeiterinnen und Facharbeiter und qualifizierte Angestellte genauso offen stehen wie für Abiturienten.

Auch die sozialen Sicherungssysteme sind Voraussetzung für eine würdevolle, sozial gesicherte Lebensführung. Dazu müssen sie ein angemessenes Niveau erreichen. Mindestsicherung oder allein private Vorsorge liefern dem Präventionsgedanken zuwider. Eine aktive und präventive Sozialpolitik muss, anstelle Leistungen pauschal zu kürzen oder die Zutrittskriterien zu verschlechtern, zum Ziel haben, die Gründe für eine Inanspruchnahme auszuräumen.

Das muss beispielsweise bedeuten, das faktische Renteneintrittsalter durch Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt heraufzusetzen, statt das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen.

Zudem würde ein Umsteuern von der Heilung von Krankheiten hin zu deren Vermeidung arbeitsbedingte Erkrankungen und damit verbundene Kosten vermindern. Jede Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist gleichzeitig ein Stück praktische Sozialpolitik für und mit Menschen. Das gewerkschaftliche Anliegen der Humanisierung des Arbeitslebens ist unverzichtbar für jede Politik, die soziale Risiken nicht nur verwalten, sondern verringern oder vermeiden will.

Eine umfassende gesellschaftliche Präventionspolitik ist die Voraussetzung für die Vermeidung sozialer Notlagen des Einzelnen.

Eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaates ist nötig

Der Sozialstaat trägt neben dem Auftrag, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder soziale Notlagen abzusichern, die Verantwortung für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter für alle. Damit er dieser Verantwortung auch zukünftig gerecht werden kann, bedarf es einer Reform seiner finanziellen Grundlagen.

Eine neue Finanzarchitektur für die sozialen Sicherungssysteme sowie das Bildungssystem und eine gerechtere Steuerpolitik sind dazu nötig. Denn infolge der lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, veränderter Arbeitsverhältnisse, des demographischen Wandels und einer in weiten Teilen verfehlten Steuerpolitik, die vor allem Großunternehmen entlastet hat, fehlen dem Sozialstaat in zunehmendem Maße die finanziellen Grundlagen, um seine im Grundgesetz verankerten Schutz- und Gestaltungsverpflichtungen wahrnehmen zu können.

Erforderlich ist eine Politik, die hohe Einkommen, Erbschaften, Unternehmensgewinne, Vermögen und Spekulationsgewinne verfassungskonform wesentlich höher besteuert.

Die Lösung der Finanzkrise ist auch Voraussetzung dafür, dass der Sozialstaat wieder an Legitimität dazu gewinnt. Gerade die Diskrepanz zwischen Leistungen und Beiträgen der Sozialversicherungen wird zunehmend als sozial ungerecht wahrgenommen. Dies gilt auch für die Tatsache, dass Sozialversicherungsbeiträge den Faktor Arbeit überdurchschnittlich belasten und zudem gesamtgesellschaftliche Aufgaben finanzieren, während hohe Einkommen und Vermögenseinkünfte dagegen von der Finanzierung des Sozialstaates und seiner Sicherungssysteme weitgehend nicht berücksichtigt werden.

So vorrangig es ist, gesamtgesellschaftliche Ausgaben nicht mehr über die Sozialversicherung, sondern über das Steuersystem zu finanzieren, so notwendig ist es, eine gerechte Finanzierung der Sozialversicherung zu erreichen.

Ein Leben in Würde erfordert ein demokratisches und soziales Europa

Die deutschen Gewerkschaften machen sich im Europäischen Gewerkschaftsbund für ein soziales Europa stark. Das soziale Europa beschreibt einen neuen, gemeinsamen Rahmen für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie auch der sozialen Sicherung. Dabei sollen die unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen der Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten respektiert werden. Die von uns angestrebte soziale Regulierung der Marktwirtschaft sichert den Menschen ein Leben in Würde und damit die demokratische Kultur in Europa. Sie steht dem von Marktradikalen gesetzten Ziel eines Wettlaufs um immer niedrigere soziale und ökologische Standards entgegen.

Wir bejahen eine dynamische Wirtschaft und einen expandierenden Arbeitsmarkt. Dies muss jedoch weitgehend harmonisierte Arbeits- und Lebensbedingungen auf hohem Niveau für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa zum

Ergebnis haben. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Steuerdumping durch eine europaweite Bemessungsgrundlage insbesondere für Unternehmenssteuern und durch die Einführung einer Bandbreite für Steuersätze verhindert wird.

Zudem werden die europäischen Branchenorganisationen der Gewerkschaften ihre Tarifpolitik weiterentwickeln. Denn Arbeitgeber drohen ihren Beschäftigten zunehmend mit Standortverlagerungen in Länder mit Niedriglöhnen und geringen sozialen Standards. Dieser Form der Lohnkonkurrenz müssen Gewerkschaften begegnen, indem sie den Rahmen ihrer Tarifpolitik Zug um Zug europäisieren und damit die wirtschaftlichen Beziehungen wirkungsvoll nachbilden.

Um dem Druck der globalen Finanzmärkte zu begegnen, muss ein staatlicher und tarifpolitischer Regulierungsrahmen neu gestaltet werden. Darüber hinaus fordert der DGB den Aufbau einer europäischen Rating-Agentur, die die Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit von Investitionen mitbewertet.

Den sozialen Grundkonsens erneuern

Mittlerweile gibt es keine gesamtgesellschaftliche Übereinstimmung über die Aufgaben und Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates mehr. Vielmehr wird der lang existierende Grundkonsens, dass geschützte und kalkulierbare Arbeits- und Lebensverhältnisse zu den Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates gehören, in zunehmendem Maße von Arbeitgebern und Unternehmern in Frage gestellt und zum Teil aufgekündigt. Dabei wird ignoriert, welche herausragende Bedeutung dieser Konsens für das friedvolle Zusammenleben der Menschen und für den Einzelnen gerade vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels hat. Selbstverantwortung ist nur auf der Grundlage dieses Konsenses möglich.

Um die Würde des Menschen zu schützen und durch individuelle und kollektive Beteiligungsrechte den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, treten die deutschen Gewerkschaften für eine Erneuerung des gesellschaftlichen Grundverständnisses über den Nutzen des Sozialstaates und für dessen gerechte Finanzierung ein.

Wir werden uns dagegen wehren, dass der Sozialstaat unter Druck wirtschaftlicher Krisen weiterhin zur Disposition gestellt wird. Der Sozialstaatsauftrag des Art. 20 des Grundgesetzes gilt unverändert. Es unser Ziel, unter veränderten Rahmenbedingungen und mit einer europäischen Perspektive den unter Legitimations- und Finanzdruck geratenen Sozialstaat so mitzugestalten, dass er eine tragfähige gesellschaftliche Akzeptanz erhält und seine Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllt.

Der DGB warnt eindringlich davor, dass die bestehenden sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche, die nicht zuletzt Ergebnis eines unvollendeten Europas und damit einer unbeantworteten Globalisierung sind, noch länger ignoriert werden und ohne weiteres bestehen bleiben. Die Folgen für den sozialen Frieden in unserem Gemeinwesen sind nicht auszudenken. Wir appellieren an Arbeitgeber, Kirchen, Sozialverbände und Parteien nach einer gescheiterten Umverteilungspolitik von unten nach oben mit uns gemeinsam neue Wege zu beschreiten.

Zur inhaltlichen Gestaltung eines erneuerten sozialen Grundkonsenses und als Beitrag zu einer öffentlichen Debatte wird der DGB beauftragt, Tagungen und Kongresse zur Zukunft des Sozialstaates durchzuführen.

B 002 DGB-Bezirksvorstand Bayern

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag B 001

Antrag für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Arbeitsplätze schaffen und Arbeitslose fördern

Bundesweit sind aktuell rund 4,7 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet.

Was wir wollen:

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muss in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden. Die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist dabei vorrangiges Ziel. Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren eindringlich vor den Folgen einer Politik gewarnt, die vor allem Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte ausübt. Deshalb sind einige Änderungen an den Hartz-Gesetzen aus unserer Sicht unerlässlich.

Der DGB fordert daher:

- Gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs, Midi-Jobs, Ich-AG's, Zeitarbeit)
- Deutliche Nachbesserung des Hartz IV-Gesetzes
- Anhebung des Arbeitslosengeldes II
- Längere beitragsbezogene Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, bei älteren Arbeitslosen längere Bezugsdauer als heute
- Erhöhung der Freibeträge auf Vermögen
- Arbeitslose dürfen nicht gezwungen werden, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen. Die Zumutbarkeitsregeln für die Annahme von Arbeit müssen geändert werden
- Gewerkschaften sollen über die in der Region vorgesehenen, jedoch nicht überall gebildeten Beiräte mitentscheiden können, wo in unserer Region Ein-Euro-Jobs eingesetzt werden
- Änderung der Finanzierung von Arbeitslosigkeit; z.B. zahlt im ersten halben Jahr der bisherige Arbeitgeber das Arbeitslosengeld
- Besteuerung von willkürlichen Betriebsschließungen, damit Stilllegungen so teuer werden wie in den anderen europäischen Ländern
- Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

2. Ausbildung für alle

Jahr für Jahr geht die Schere zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und den Bewerbern um eine Ausbildungsstelle weiter auseinander.

Was wir wollen:

Wenn man nicht jedes Jahr Tausende von Jugendlichen frustrieren und ohne wirkliche Chance auf Berufsausbildung sowie eine wirtschaftlich abgesicherte Zukunft lassen will, kommt man an der Umlagefinanzierung nicht mehr vorbei. Nicht ausbildende Betriebe müssen sich wenigstens an den gesellschaftlichen Kosten der Berufsausbildung beteiligen. Nur dann kann man tatsächlich von einem Nationalen Ausbildungspakt sprechen.

Der DGB fordert daher:

- Das auf Eis liegende Gesetz zur Umlagefinanzierung muss jetzt aufgetaut und wieder in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden

3. Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes

Bildung ist der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und die volkswirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Dennoch lassen wir es zu, dass jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt. Darüber hinaus wissen wir erst recht seit PISA, dass in keinem anderen europäischen Industrieland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungsabschluss so groß ist wie in Deutschland.

Was wir wollen:

Der Zugang zu Bildung muss erleichtert werden, die soziale Herkunft darf nicht über die Bildungschancen entscheiden.

Der DGB fordert daher:

- Die Ausgaben für Bildung müssen mindestens auf 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden (= Durchschnitt der europäischen Industrieländer)
- Mit dem 4-Milliarden-Euro-Programm für mehr Ganztagschulen ist ein wichtiger Impuls für die Modernisierung unseres Bildungswesens gesetzt worden. Dieses Programm muss über den Wahltag fortgesetzt und ausgeweitet werden
- Keine Studiengebühren
- Erhalt der Lehrmittelfreiheit

4. Auf die Inlandsnachfrage kommt es an – darum Kaufkraft stärken!

Das zentrale Problem der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ist die lahrende Binnenkonjunktur. Während wir seit 20 Jahren als Exportweltmeister glänzend aufgestellt waren und sind, erleben wir seit Jahren rückläufige Wachstumsraten in der Binnennachfrage. Doch gerade von den heimischen Märkten sind 75 Prozent der inländischen Unternehmen abhängig.

Was wir wollen:

Wenn wir unsere wirtschaftlichen Probleme und unsere chronische Wachstumsschwäche überwinden wollen, müssen wir die Binnenkonjunktur deutlich beleben. Dies kann nur durch eine Stärkung der inländischen Nachfrage geschehen.

Aus unserer Sicht und der Sicht führender Wirtschaftswissenschaftler, kommt dabei dem Staat eine wesentliche Bedeutung zu. In der Krise muss der Staat der erste sein, der wieder mehr Geld ausgibt. Nur er kann den Kreislauf der ständig sinkenden Nachfrage durchbrechen.

Der DGB fordert daher:

- Staatliches Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung in gesellschaftlich sinnvollen Projekten (z.B. Bildung, Gesundheit, Infrastruktur)
- Die Forderungen aus Politik und Wirtschaft nach moderaten Lohnabschlüssen müssen endlich beendet werden (auch im öffentlichen Dienst). Die verordnete Bescheidenheit der vergangenen zehn Jahre hat dazu geführt, dass die Reallöhne durchschnittlich um 0,9 Prozent gesunken sind. Das versprochene höhere Wirtschaftswachstum ist jedoch ausgeblieben

5. Der Sozialstaat ist das Fundament der Freiheit

Politiker aus allen Parteien werden seit vielen Jahren nicht müde, den Sozialstaat als Hauptursache für unsere wirtschaftlichen Probleme zu identifizieren. Es wird behauptet, dass die hohen Sozialleistungen und die Vollkasko mentalität der Bevölkerung angeblich wirtschaftliche Dynamik und Eigenverantwortung verhindern. So erleben wir einen permanenten Sozialabbau und eine Aushöhlung des solidarischen Prinzips der Sozialsysteme. Trotzdem hat sich die Krise seit 15 Jahren weiter verschärft.

Was wir wollen:

Der Sozialstaat ist nicht die Ursache für die Wirtschaftskrise, sondern selbst das Opfer einer seit 15 Jahren

verfehlten Wirtschaftspolitik. Gerade die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führt zu enormen Einnahmeausfällen bei den Sozialversicherungen. Gleichzeitig steigen jedoch die Sozialausgaben, weil immer mehr Menschen auf Lohnersatzleistungen und staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Der DGB fordert daher:

- Den Ausbau eines modernen Sozialstaates mit der Teilhabe des Einzelnen an Bildung, Arbeit sowie einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung
- Keinen Almosenstaat, in dem die Menschen in Notlagen zu Bittstellern werden
- Solidarische, paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme
- Die Finanzierung der Deutschen Einheit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die über Steuern und nicht über die Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden muss

6. Ausbau der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung

Aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sind bei den letzten Gesundheitsreformen etliche Leistungen gestrichen worden. Gleichzeitig wurden die Zuzahlungen zu den Medikamenten erhöht. Selbst für den Arztbesuch muss man inzwischen 10 Euro pro Quartal bezahlen. Die Hauptprinzipien der Reformen lauteten: Mehr Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung.

Was wir wollen:

Eine moderne gesetzliche Krankenversicherung benötigt stabile Einnahmen. Nur dann wird sie auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können und eine hochwertige medizinische Versorgung bei stabilen Beitragssätzen gewährleisten. Die Bürgerversicherung erfüllt diese Anforderungen besser, einfacher und gerechter als das System der Kopfpauschale.

Der DGB fordert daher:

- Ausweitung der Versicherungspflicht auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung (einschließlich Beamte und Selbstständige)
- Besteuerung von Kapitalerträgen zur Finanzierung
- Keine Trennung zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung
- Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und Einbeziehung der privaten Krankenversicherung in die Bürgerversicherung

7. Der Mensch ist kein Kostenfaktor

Die Arbeitnehmerrechte wurden von den Gewerkschaften in harten und langen Auseinandersetzungen erkämpft. Sie dienen dem Schutz der Kolleginnen und Kollegen im betrieblichen Alltag und sorgen für Demokratie in der Arbeitswelt. Auch sie sollen auf dem Altar der Marktgläubigen Stück für Stück geopfert werden.

Was wir wollen:

Zur existenzsichernden Arbeit gehört ein ausreichender Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor unternehmerischer Willkür und Diskriminierung.

Der DGB fordert daher:

- Einen wirksamen Kündigungsschutz, auch in Kleinbetrieben
- Schutz der betrieblichen Mitbestimmung vor Kapitalinteressen
- Eine Verbesserung des Arbeitsschutzes und insbesondere die Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeiten
- Einen wirksamen Schutz gegen Diskriminierung und Förderung von Chancengleichheit
- Ein effektives Anti-Diskriminierungsgesetz und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

8. Alle Menschen haben das Recht auf existenzsichernde Arbeit

Branchenbezogene Flächentarifverträge haben in Deutschland entscheidend zu unserem volkswirtschaftlichen Wohlstand beigetragen. Die Gewerkschaften haben bei den Tarifverhandlungen dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wachsenden Reichtum unseres Landes teilhaben, ohne dabei die wirtschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Branchen aus dem Auge zu verlieren.

Es gibt jedoch Bestrebungen, den Tarifvertragsparteien das verfassungsmäßige Recht zu beschneiden, die Löhne auszuhandeln. Stattdessen sollen die Lohnverhandlungen auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Es soll betriebliche Bündnisse geben. Die Belegschaften werden auf diese Weise zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen gezwungen werden.

Was wir wollen:

Gewerkschaften und betriebliche Arbeitnehmervertreter lassen sich nicht auseinander dividieren. Nur gemeinsam können wir den ständigen Erpressungen auf betrieblicher Ebene standhalten. Dazu brauchen wir die Tarifautonomie.

Der DGB fordert daher:

- Vorrang für Flächentarifverträge zur Verhinderung von Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung
- Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten
- Einführung von branchenbezogenen gesetzlichen Mindestlöhnen

9. Die Wirtschaft und der Reichtum müssen den Menschen dienen

Sozialabbau wird vor allem mit der Finanzmisere des Staates, mit den so genannten „leeren Kassen“ begründet. Die Haushaltslücken sind nach Meinung der meisten Politiker nur durch die Senkung der Ausgaben zu schließen. Dass dieses finanzielle Ausbluten des Staates jedoch nicht zufällig auftritt, sondern vielmehr die Folge von bewussten politischen Entscheidungen ist, wird verschwiegen. Wenn die Einnahmen aus den Gewinn- und Vermögenssteuern noch auf demselben Niveau wie in den 70er Jahren liegen würden, wären die Steuereinnahmen jedes Jahr um 70 Milliarden Euro höher.

Durch permanente Steuersenkungen für die Reichen und die Vermögenden hat die Politik allerdings freiwillig und ohne Not auf dieses Geld verzichtet und die Einnahmeausfälle per Gesetz provoziert.

Was wir wollen:

Geld ist in unserem Land genug da. Nur ist es sehr ungleich verteilt. 10 Prozent der Deutschen Bevölkerung besitzen rund 50 Prozent des Geldvermögens. Die Steuerpolitik muss diese Fehlentwicklung korrigieren. Der entscheidende Punkt ist die Steuergerechtigkeit: Wie viel Steuern zahlen die Reichen und wie viel Steuern zahlen die Beschäftigten? Durch höhere Steuern für die Wohlhabenden werden die Staatsfinanzen gestärkt und die breite Schicht der Bevölkerung entlastet.

Der DGB fordert daher:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 47 Prozent
- Steuerliche Entlastung von Gering- und Normalverdienern über einen höheren Grundfreibetrag, einen niedrigen Eingangsteuersatz sowie einen flachen Anstieg der Steuern im unteren Einkommensbereich
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung
- Schließung von Steuerschlupflöchern für Vermögende und Großverdiener
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Höhere Erbschaftssteuern für große Vermögen
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer, die auch Freiberufler und Selbstständige einbeziehen muss

10. Globalisierung gestalten, politisch handeln

Globalisierung wird in der politischen Diskussion als Sachzwang oder von einem höheren Wesen gegeben, vorausgesetzt. Es wird behauptet, dass der internationale Wettbewerb den nationalen Regierungen und Parlamenten sämtliche Gestaltungsspielräume nimmt. Man kann sich dem Konkurrenzdruck um Unternehmen und Arbeitsplätze nur anpassen.

Mit dieser Sichtweise werden dann die Steuern für die Wirtschaft stetig reduziert, Arbeitnehmerrechte abgebaut, die Tarifautonomie torpediert und Sozialleistungen gekürzt.

Was wir wollen:

Tatsache ist, dass es spätestens seit der industriellen Revolution Globalisierung gibt und die Wirtschaft von Anfang an auf die weltweite Erschließung von Märkten ausgelegt war.

Auch heute sind Unternehmen im Ausland tätig, um neue Aufträge zu erhalten. Die Abwanderung von Unternehmen war jedoch, damals wie heute, kein Massenphänomen. Aktuelle Zahlen belegen sogar, dass die Direktinvestitionen deutscher Betriebe im Ausland in den vergangenen 5 Jahren um 80 Prozent auf 32 Mrd. Euro im Jahr 2004 zurückgegangen sind.

Genauso wie früher haben daher die Nationalstaaten, trotz Globalisierung, genügend Gestaltungsmöglichkeiten. Sie müssen nur genutzt werden!

Der DGB fordert daher:

- Eine neue Bundesregierung muss sämtliche Spielräume nutzen. Sie darf sich nicht hinter dem vermeintlichen Sachzwang Globalisierung verstecken. Sie muss vielmehr ihrem Wählerauftrag gerecht werden und sich für mehr und bessere Arbeitsplätze, letztlich für ein besseres Leben für uns alle, einsetzen.

B 003 **ver.di**

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag B 001

Politik der Umverteilung von unten nach oben stoppen

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundeskongress stellt fest, dass die Koalitionsvereinbarung deutlich macht, dass auch die Große Koalition

- die Politik der Agenda 2010 und damit das weitere "in die Taschen greifen" bei Beschäftigten, RentnerInnen, Arbeitslosen und den sozial Ausgegrenzten fortsetzen wird und
- die Unternehmen und die steigenden Gewinne nicht antasten, sondern die Unternehmen sogar bei den Lohnkosten (Senkung der Lohnnebenkosten) entlasten will.

Diese Richtung lässt keine wirklichen Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Bundestagswahl erkennen.

Deutlich wird daran, dass

- durch Steuererhöhungen zu Lasten des größten Teils unserer Bevölkerung besonders durch die Mehrwertsteuererhöhung die Kaufkraft geschwächt wird;
- mit der umfassenden Aufweichung des Kündigungsschutzgesetzes keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden;
- die Gewinne von Unternehmen, große Vermögen und große Erbschaften nicht zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Damit sind noch lange nicht alle einschneidenden Maßnahmen aus der Koalitionsvereinbarung benannt. Alleine diese Punkte machen deutlich, dass Widerstand gegen diese sozial ungerechte Politik notwendig ist.

Die Delegierten des DGB-Bundeskongresses fordern den DGB-Bundesvorstand auf, gegen die sozial ungerechte Politik der Bundesregierung den Widerstand zu organisieren und konkrete Maßnahmen für den DGB insgesamt zu beschließen, um der weiteren Verteilung von unten nach oben entgegen zu treten. Dazu gehört das Aufklären über die Verteilung des Reichtums, die Mobilisierung der Beschäftigten auf den Versammlungen in den Betrieben und der organisierte Protest gegen die sozial ungerechte Politik der Bundesregierung.

B 004 DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag B 001

Gütesiegel für verantwortungsvolle Unternehmen einführen

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Damit für die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkenntlich ist, welches Unternehmen sich verantwortungsvoll verhält, ist die Erarbeitung eines einfach zu erkennenden sozialen Gütesiegels mit klaren und eindeutigen Kriterien nötig. Der DGB wird aufgefordert, die Einführung eines sozialen Gütesiegels in Deutschland auf den Weg zu bringen. Zur Vergabe des Siegels soll ein Beirat gegründet werden. Hier müssten u.a. Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Verbraucherorganisationen vertreten sein. Dieser Beirat soll gemäß den festgelegten Kriterien Unternehmen bewerten und das Label vergeben. Kriterien sollten sein:

1. Vorhandensein eines Betriebsrates und gute betriebliche Mitbestimmung
2. Einhaltung von Tarifverträgen
3. positive Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zum Wettbewerb
4. Einstellung und Übernahme von Auszubildenden
5. Aktive Gleichstellungspolitik
6. Aktive Arbeitsschutz- und Gesundheitsförderungspolitik
7. Weiterbildung für alle Altersgruppen
8. Nutzung von Qualitäts- und Umweltsicherungssystemen.
9. Globale Einhaltung der ILO-Standards, auch bei Zulieferern

In die Erarbeitung eines Labels ist durchaus auch eine Negativ-Variante mit einzubeziehen. Wenn mehr als die Hälfte der Kriterien nicht erfüllt sind, gibt es eine Negativ-Bewertung und eine entsprechende Kennzeichnung.

Wenn sich kein allgemeiner Konsens finden lässt, müssen die Gewerkschaften im Bündnis mit anderen ein eigenes Label einführen und an Unternehmen vergeben.

B 005 IG Metall

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

Integrationsförderung

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften fordern die schwarz-rote Regierungskoalition auf, mehr Teilhabechancen für Migrantinnen und Migranten zu eröffnen, um deren Integration aktiv zu fördern. Die Landesregierungen sind aufgefordert keine integrationshemmenden Instrumente, beispielsweise „Gesprächsleitfaden“ für die Einwanderungsbehörden zur „Loyalitätsprüfung“ von Einbürgerungswilligen einzusetzen.

Der Kern einer modernen Integrationspolitik ist die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten und Minderheiten am gesellschaftlichen, politischen und betrieblichen Leben. Die Politik ist verpflichtet, durch konkrete Maßnahmen und öffentliche Kampagnen Integration zu fördern und deutlich zu machen, dass jede Investition in die Bildung und Entwicklung von sprachlicher, kultureller, sozialer Kompetenzen jedes einzelnen Menschen mit Migrationshintergrund eine Investition in die Zukunft auch des friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Integration durch Bildung, auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich muss zu einer Kernaufgabe werden und mit konkreten, finanziell abgesicherten Maßnahmen verwirklicht werden.

Integration setzt Chancengleichheit und Rechtsgleichheit voraus. Die Politik muss möglichst alle Barrieren, die zu Integrationshemmnissen führen, beseitigen. Dazu gehören:

- Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes in der ursprünglichen Fassung der rot-grünen Koalition,
- konsequentere Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung aller Art,
- schrittweise rechtliche Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen bei Zugang zu Beschäftigung,
- human orientierte Einbürgerungsregeln bzw. deren Praxis, die nicht von diskriminierenden Loyalitäts- oder Gesinnungsprüfungen gekennzeichnet ist,
- Verankerung der Integrations- und Zuwanderungspolitik in alle Politikfelder als Querschnittsaufgabe,
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Als zivilgesellschaftliches Projekt gehört die Integrationspolitik auf die Agenda von staatlichen und privaten Institutionen, Tarifpartnern, Wohlfahrtsverbänden und Selbsthilfeorganisationen. Dies bedarf einer umfassenden Imagekampagne, die von der Regierungskoalition zu initiieren und finanziell abzusichern ist.

B 006 **ver.di**

Beschluss des DGB-Kongresses:
Angenommen

Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische und diskriminierende Positionen und Einstellungen bekämpfen!

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

In den vergangenen Jahren haben Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in beunruhigendem Maße zugenommen. Dort, wo rechtsextreme Parteien in Parlamenten vertreten sind, verhalten sie sich zunehmend auffälliger und vertreten offen fremdenfeindliche, diskriminierende und antisemitische Positionen. Offensichtlich fühlen sie sich durch den beunruhigenden Anstieg fremdenfeindlicher und antisemitischer Positionen und Einstellungen in Deutschland ermutigt, auf den eine 2004 veröffentlichte Langzeitstudie hingewiesen hat.

Im Sommer 2005 hat eine Untersuchung gezeigt, dass es auch Gewerkschaftsmitglieder gibt, die latent bis offen rechtspopulistisches Gedankengut vertreten, ja, dass in manchen Alters- oder Berufsgruppen diese Anfälligkeit für rechtspopulistische Positionen sogar leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt.

Der DGB-Bundesvorstand / -Bundeskongress sieht diese Entwicklung mit Sorge. Wir sehen darin eine Herausforderung auch und gerade für uns als Gewerkschaften: Wir müssen uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass die Rechtsextremen von heute nicht mehr allein mit plumpen Thesen im Stil von "Ausländer raus" arbeiten: Sie verbinden klassische rechtsextreme Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mit sozialen und ökonomischen Themen wie Arbeitsmarktlage, Globalisierung oder Kapitalismuskritik; sie setzen an Ängsten an, die in unserer Gesellschaft verbreitet sind: Unter dem Deckmantel scheinbar sozialpolitischer Argumentationen transportieren sie antidemokratische und autoritäre Positionen und Parolen.

Die Angst vor sozialem Abstieg, das Erleben von Unsicherheit, das Erfahren von sozialer Ausgrenzung und von Entwurzelung sowie das Gefühl, gedemütigt und herabgesetzt zu werden oder der zunehmenden Komplexität der modernen Welt nicht mehr gewachsen zu sein, können Menschen so verunsichern, dass sie für rechtsextreme Einstellungen ein offenes Ohr haben oder darin gar eine Perspektive zu erkennen glauben.

Der DGB-Bundesvorstand / -Bundeskongress ruft deshalb die Einzelgewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder und die Öffentlichkeit auf, verstärkt die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zu suchen und in Diskussionen und in der Bildungsarbeit alle Chancen zu nutzen, um Menschen den Rücken zu stärken für die Zurückweisung von rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, diskriminierenden und antidemokratischen Positionen und Parolen.

Wer verhindern will, dass Menschen rechtspopulistische Parolen und Einstellungen übernehmen, muss diese Ängste ernst nehmen und Orientierungen bieten. Dazu gehört Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Beschäftigung geschaffen, wie Globalisierung sozial eingebettet und wie Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch sozialstaatliches Handeln begrenzt werden können. Nicht zuletzt muss dies mit einem unbedingten Eintreten für Demokratie, Menschenwürde und Toleranz verbunden werden. Der DGB wird sich deshalb für eine Politik in diesem Sinne einsetzen. Wo Rechtsparteien aber auch VertreterInnen bürgerlicher Parteien mit Ängsten und Ressentiments Politik machen, setzen wir auf gewerkschaftliche Gestaltungskraft, auf solidarisches Engagement und auf Mitbestimmung als einen demokratischen und wirksamen Weg, ökonomischen und sozialen Wandel zu gestalten.

Es gilt zu beachten: Rechtsextreme Einstellungen, antidemokratisches Denken und autoritäre Orientierungen lassen sich nicht einfach aus der Gesellschaft entfernen. Auch täuscht die Hoffnung, dass rechte Umtriebe einfach mit der Zeit verschwinden. Rechtsextremismus bekämpfen ist eine Daueraufgabe und heißt für uns deshalb, uns mit langem Atem auf viele Diskussionen und Auseinandersetzungen in Betrieben und Verwaltungen, in Nachbarschaften und Vereinen, aber auch auf den Straßen unserer Städte einzustellen, um mit Argumenten und Aktionen an die Wurzeln von fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen heranzukommen.

So vielfältig die Situationen sind, in denen wir auf rechtsextreme Einstellungen oder rechten Populismus treffen, so unterschiedlich sind die Strategien, mit denen wir ihnen entgegentreten: Politisch auseinandersetzen, entlarven, verspotten, rechtlich verhindern, gesellschaftlich ächten, notfalls verbieten: Alle diese Strategien haben ihre Berechtigung. Als GewerkschafterInnen, als Betriebs- und PersonalrätInnen wollen wir insbesondere rechtsextreme Parolen und Propaganda aus Betrieben und Verwaltungen fernhalten, zum Beispiel über Betriebs- und Dienstvereinbarungen.

Darüber hinaus werden wir in Projekten, Bündnissen, Aktionen und Diskussionen mit demokratisch gesinnten Kräften in unserer Gesellschaft für eine weltoffene, auf Frieden und Freiheit gründende Demokratie eintreten und für soziale Gerechtigkeit, die nicht an nationalen Grenzen halt macht.

1. Der DGB wendet sich deshalb entschieden gegen alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus, (rassistischer) Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.
2. Der DGB verurteilt jedes demagogische Verhalten von PolitikerInnen und Parteien, die die berechtigten Ängste der Menschen in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und öffentliche Unsicherheit und Globalisierung ausnutzen, um ImmigrantInnen, AsylbewerberInnen und ethnische Minderheiten als Ursache der Misere verantwortlich zu machen.
3. Angesichts der Tatsache, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund und damit verbundene ausländerfeindliche Haltungen in der Bevölkerung in beunruhigendem Maße zugenommen haben fordert der DGB die Öffentlichkeit, und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder, dazu auf, aktiv gegen rechtsextreme Aktivitäten und Einstellungen vorzugehen.
4. Diskriminierung wird durch wachsende Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und ansteigende Verarmung verschlimmert. Eine Politik, die sich auf soziale Gerechtigkeit orientiert, kann helfen, die Brutstätten für Rechtsextremismus auszutrocknen.
5. Der DGB ruft die Bundesregierung und Landesregierungen auf,
 - allen Menschen wirksamen Schutz und Hilfe gegen diskriminierende Handlungen zu garantieren, die auf Rasse, Hautfarbe, Nationalität, Kultur oder ethnische Abstammung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Sprache, Religion / Glaube oder Weltanschauung, Geschlecht oder sexueller Identität gründen und erlittene Schäden auf gerechte Weise wieder gutzumachen;
 - Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, in den Sozialdiensten und bei der Unterbringung sowie bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistungen zu verbieten;
 - im Hinblick auf die Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen, die zu Fremdenfeindlichkeit führt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen und hierbei auch die Bereiche Bildung, Ausbildung, Kultur und Medien einzubeziehen;
 - rassistische und fremdenfeindliche Propaganda oder Handlungen, die mündlich oder schriftlich über Literatur, die Medien (Presse / Internet, Musik, Filme etc.) übertragen oder ausgeführt werden, einzudämmen und / oder zu verbieten;
 - die Familienzusammenführung von eingewanderten ArbeitnehmerInnen zu erleichtern und sicherstellen, dass die ausländischen ArbeitnehmerInnen, insbesondere Frauen, ihre soziale Rechte kennen und leben können;
 - das Asylrecht zu garantieren und von kollektiven Abschiebungen abzusehen sowie sicher zu stellen, dass niemand in ein Land ausgewiesen, abgeschoben und ausgeliefert wird, in dem die jeweilige Person Opfer von Todesstrafe, Folter, Inhaftierung oder anderen unmenschlichen und entwürdigenden Behandlungen und Bestrafungen werden könnte und auf Gewalt zu achten, die Frauen und Kindern zugefügt werden könnte.

Die Einzelgewerkschaften bleiben aufgerufen, auf dieser Grundlage Bildungsangebote zu entwickeln, auszutauschen und anzubieten, die den Mitgliedern den Rücken stärken für eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen. Ebenso ist dafür zu sorgen, dass verstärkt die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund in ehren- und hauptamtliche Funktionen der Einzelgewerkschaften und des DGB's gewählt werden.

Der Bundeskongress strebt an, dass verstärkt BewerberInnen mit Migrationshintergrund in ehrenamtliche Funktionen gewählt werden.
6. Der DGB ruft alle Gewerkschaftsmitglieder, alle demokratische Parteien und die Öffentlichkeit auf,
 - den Einfluss rechtsextremistischer Bewegungen, Doktrinen und Politik(en) zurückzudrängen;
 - für eine gerechte Behandlung aller Mitglieder und Mitmenschen ungeachtet ihrer Rasse, Hautfarbe, Nationalität, Sprache, Religion / Glauben oder Weltanschauung, ihres Geschlechtes oder sexueller (Ausrichtung) Identität einzutreten;
 - eingewanderte ArbeitnehmerInnen und VertreterInnen ethnischer Minderheiten zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten;
 - nach dem Motto "Mach meinen Kumpel nicht an" und "Rassismus NEIN" bei allen ihren beruflichen und privaten Tätigkeiten aktiv zu handeln;
 - auf rechtspopulistisches Gedankengut zur Erlangung von politischen Zielen zu verzichten.

B 007 Bundes-Jugendausschuss

Beschluss des DGB-Kongresses:

Angenommen als Material zu Antrag B 006

Antirassismus

Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Konjunktur rassistischer und rechtsextremer Einstellungen sowie Phänomene, die in den 90er Jahren eine neue Welle erfahren hatte, ist nach wie vor von höchster Brisanz und hat sich über eine gewisse Attraktivität zu einem Bestandteil der Jugend- und Alltagskultur entwickelt.

Dies zeigt sich in einer Akzeptanz und Reproduktion rechter Denkmuster als auch in rechtsextrem motivierten Gewalttaten, die in den letzten 15 Jahren mehr als 100 Tote forderten.

In diesem Kontext engagieren sich Gewerkschaften gegen rechtsextreme Umtriebe, wobei der Gegner vorwiegend außen verortet wurde. Die Erfahrungen – in der Bildungsarbeit und in zahlreichen Studien – haben gezeigt, dass rechte Einstellungen auch innerhalb der Gewerkschaften und bei ihren Mitgliedern zu finden sind.

Anstelle einer konsequenten Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen in den eigenen Reihen, wird jedoch zumeist nur reaktiv auf die Symptome eingegangen. Rassismus ist jedoch eine alle gesellschaftlichen Verhältnisse durchziehende Strukturkategorie, weshalb Gewerkschaften diese von vornherein in allen Arbeitsbereichen (Betrieb, eigene Verwaltung, Bildungsarbeit, Tarifverträge etc.) reflektieren müssen.

Rechtsextremismus

Seit den frühen 90er Jahren ist ein rasanter Anstieg extrem rechter Versatzstücke besonders in der Jugendkultur zu beobachten. Inzwischen präsentieren sich Alt- und Neonazis als „Globalisierungsgegner“, „Antikapitalisten“ und „Kämpfer für Arbeitsplätze“.

Besonders die Vereinnahmung der sozialen Proteste durch rechte Kräfte müssen uns als GewerkschafterInnen zum verstärkten Handeln bewegen.

Wir als DGB müssen soziale Proteste intensiver begleiten und die soziale Frage so besetzen, dass rechtsextreme Scheinlösungen als Blendwerk entlarvt werden.

Dasselbe gilt für den scheinbar attraktiven Lifestyle der rechten Jugendkultur. Wir empfinden es als zentrale Aufgabe des DGB, über die Herkunft der Kleidungsarten, der Symbole und Codes aufzuklären. Dazu gehört auch die Weiterbildung von PädagogInnen und weiteren MultiplikatorInnen.

Auch wir haben mit Rechtsextremismus bei unseren Mitgliedern zu kämpfen. Hier besteht Handlungsbedarf, wie u.a. die aktuelle Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ (Laufzeit 2003/2004) von M. Fichter, R. Stöss und B. Zeuner zeigt. Ein Befund besagt, das 18,4 Prozent (West) und 22,5 Prozent (Ost) der Gewerkschaftsmitglieder laut dieser Studie rechtsextreme Einstellungen haben. Für uns gibt es keine Vereinbarkeit zwischen rechtsextremem Gedankengut, rassistischem Handeln und den solidarischen und antifaschistischen Grundsätzen des DGB. Deshalb ist die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation oder Partei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des DGB. Für die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit sind verstärkt Handlungskonzepte zum Umgang mit rechtem und rassistischem Gedankengut zu entwickeln. Wir halten es für notwendig, sich rechtsextremen Demonstrationen auf der Straße entgegenzustellen, um diese so zu verhindern.

Der Hetze rechtsextremer VertreterInnen in Parlamenten und in der Öffentlichkeit muss mit Argumenten und Aufklärung anstelle von Wegschauen begegnet werden. Wir fordern das Verbot aller faschistischen Organisationen und Parteien. Denn schließlich ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Was hat die Arbeitswelt mit Rassismus zu tun?

Vorurteile und Rassismus lassen sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft nachweisen. Sie sind in der Arbeitswelt präsent und werden dort auch reproduziert. Als GewerkschafterInnen müssen wir sie in den eigenen Reihen ausfindig und zum verstärkten Handlungspunkt machen.

Wir müssen uns ständig vergegenwärtigen, dass eine kapitalistische Gesellschaft Rassismus außerhalb und innerhalb der Arbeitswelt fördert und zu Wettbewerbszwecken billigend in Kauf nimmt. Dies wird von vielen Individuen reproduziert. Wir machen uns stark für eine grundlegende Kritik von Konkurrenzlogik und Kapitalismus. Für eine solidarische Perspektive weltweit. Schluss mit der Logik alle gegen alle. Nur gemeinsam können wir das gegenseitige Dumpingverfahren stoppen.

Nicht-rassistische Gewerkschaftsarbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und um das Gegeneinanderausspielen von ArbeitnehmerInnen zu verhindern. Kampagnen von

Gewerkschaften, die sich ausschließlich gegen Schwarzarbeit richten, nicht aber deren Ursache beleuchten, müssen klar zurückgewiesen werden. Sich gegen Lohndumping und gleichzeitig gegen rassistische Stereotypen auszusprechen ist kein Widerspruch, sondern muss die konsequente Linie der Gewerkschaften sein.

Der DGB fordert deshalb ein konsequentes Antidiskriminierungsgesetz, das die systematische Benachteiligung von MigrantInnen aufgreift und auf eine Gleichstellung hinwirkt. Betriebsvereinbarungen dürfen nicht nur beschlossen sondern müssen gelebt werden. Hier sind wir als DGB in der Pflicht, die betrieblichen Interessensvertretungen bei der Umsetzung und Kontrolle zu unterstützen.

60 Jahre nach der Befreiung von Faschismus ist es unsere Aufgabe, eine Erinnerungspolitik zu etablieren, die Revanchismus bekämpft und Jugendlichen Formen anbietet, sich aktiv in Erinnerungsarbeit einzubringen. Dazu gehört das Selbstverständnis des DGB, das der zunehmenden Darstellung der Deutschen als Opfer entgegenwirkt.

Der DGB muss sich stärker in gesamtgesellschaftliche Debatten einbringen und darin den Rassismus und Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft benennen und klar in seine Grenzen verweisen. Beispielhaft ist hier die Diskussion um „osteuropäische SaisonarbeiterInnen“, „Scheinselbständige“ oder die „Hohmann-Antisemitismus-Debatte“ zu nennen.

Antisemitismus

Auch wenn sich antisemitische Klischees 1945 gewandelt haben, kommen immer wieder Parallelen zu klassischen antisemitischen Erscheinungsformen zum Vorschein. In der deutschen Geschichte ist das stereotype Bild des „ehrlichen volksverbundenen Unternehmers“ und des „heimatlosen, unehrlichen und reichen Juden“ tief verankert. Der „raffende Jude“ wurde insbesondere von den Nationalsozialisten als „das Andere“ dargestellt. Als Gegenbild diente der „schaffende arische Unternehmer“ und das „ehrliche arbeitende Volk“. Auch heute sind, laut Untersuchungen des Zentrums für Antisemitismusforschung, Teile des klassischen antisemitischen Judenbildes u.a. der „geldgierige und machthungrige Jude“ verbreitet (W. Bergmann & R. Erb Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland Ergebnisse der empirischen Forschung 1946 – 1989, Opladen: 1991).

Der DGB richtet sich gegen jegliche Versuche der antisemitischen Gegenüberstellung vom „deutschen gesunden und schaffenden Unternehmen“ sowie dem „anonymen, ungesunden und raffenden Finanzkapital“. Tendenzen hierzu zeigten sich z.B. in Diskussionen um das „gute deutsche“ und das „böse ausländische Kapital“ bei Hedge Fonds. Wir fordern eine fundierte Kapitalismuskritik, die strukturelle kapitalistische Mechanismen analysiert und nicht vereinfachende personifizierende Verschwörungstheorien vertritt.

Verschwörungstheorien erleben im Zeitalter der Globalisierung und vor allem nach dem 11. September 2001 eine gefährliche Renaissance. Hierbei wird eine Mythologisierung von „heimat- und identitätslosen Amerikanern und Juden“ gezeichnet. Der DGB definiert die Globalisierung nicht als amerikanische Erfindung, sondern als einen weltweiten Prozess, der seit dem Beginn der Industrialisierung existiert und weltweit von den Interessengruppen des Kapitals forciert wurde.

Der DGB wendet sich ebenfalls gegen eine weitere Spielart des Antisemitismus, bei der z.B. Juden für die Politik des Staates Israels verantwortlich gemacht werden. Wie es sich z.B. in der Fragestellung „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ zeigt, der 31,7 Prozent der Deutschen zumindest eher zustimmen (W. Heitmeyer, Deutsche Zustände Folge 3, Suhrkamp, 2005). Häufig wird dabei suggeriert, dass „die Juden nichts aus ihrer Vergangenheit gelernt hätten“, sie somit heute „die Täter“ wären. An dieser Stelle kommt der sekundäre Antisemitismus zum Tragen, der sich auch in dem Vorwurf gegen Juden manifestiert, dass diese nur vom Holocaust profitieren wollen (W. Bergmann & R. Erb Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland Ergebnisse der empirischen Forschung 1946 – 1989, Opladen: 1991). Einen wichtigen Beitrag zur Arbeit gegen Antisemitismus leisten z.B. deutsch-israelische Jugendbegegnungen der DGB-Jugend und der Mitgliedsgewerkschaften.

Migration und Asylpolitik

Migration - also die Bewegung von Menschen in ein neues räumliches und soziales Umfeld - ist historisch nichts Neues. Menschen sind immer gewandert, um ihre persönliche, ökonomische und soziale Lebensperspektive zu verbessern. Erst mit der Entwicklung von Nationalstaaten und nationalstaatlichen Grenzen wurde Migration erschwert und damit für MigrantInnen ein Problem.

Als DGB setzen wir uns für die Bewegungs- und Reisefreiheit aller Menschen ein. Alle Menschen haben das Recht auf ein gutes Leben nach ihren Vorstellungen - dort wo sie wollen, egal wo sie herkommen und egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, Nationalität, Religion oder persönliche Lebensvorstellung sie haben. Deswegen fordern wir als DGB alle Gewerkschaften auf, sich für eine Ausweitung des Asylrechts einzusetzen. Nicht nur die politische, sondern auch die geschlechtsspezifische Verfolgung, menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen oder die Bedrohung der eigenen körperlichen Unversehrtheit durch Krieg, Umweltkatastrophen etc. sind für uns Gründe, Schutz in einem anderen Land zu suchen und zu erhalten.

Der Solidaritätsanspruch von Gewerkschaften muss deshalb auch MigrantInnen und illegalisierte Menschen beinhalten. Der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping darf nicht auf Kosten von oder gar gegen MigrantInnen geführt werden. Nicht die Beschäftigten, die aufgrund ihrer Rechts- oder Lebenslage zu schlechteren Arbeitsbedingungen gezwungen werden, sind das Problem oder gar der Feind, sondern die UnternehmerInnen, die diese Situation ausnutzen. Im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping können Gewerkschaften und von

Erwerbsarbeit Abhängige nur durch eine gemeinsame, solidarische Vertretung gewinnen - egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Deshalb fordern wir eine Verbesserung der sozialen, ökonomischen und rechtlichen Lebenssituation für MigrantInnen in der BRD, in Europa und weltweit. Wir fordern eine Legalisierung von illegalisierten Menschen, also eine rechtliche Gleichstellung auch jener, die sich ohne sichere Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung in der BRD aufhalten. Integration und Gleichstellung dürfen nicht als Druck zur Anpassung an scheinbar „normale“ Werte und Verhaltensweisen umgemünzt werden, sondern müssen als Angebot an eine gegenseitige Verständigung und Bereicherung begriffen werden. Integration und Gleichstellung dürfen nicht nur für jene gelten, die von Unternehmen oder Regierungen als „ökonomisch nützlich“ eingeschätzt werden, sondern sind ein Grundrecht für alle Menschen.

Der DGB fordert die Anwendung des Arbeitsrechts unabhängig vom Aufenthaltsstatus einer Person.